

03.03.2009

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



**Pressegespräch  
„Zur Lage der Christen im Nahen Osten“  
am 3. März 2009**

**Statement von Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg)**

Die Christen im Nahen und Mittleren Osten befinden sich in vielerlei Hinsicht in einer prekären Lage. Mit großer Sorge beobachten die deutschen Bischöfe, dass die christliche Bevölkerung in den Ländern dieser Region seit vielen Jahren ständig abnimmt. Viele Menschen sehen in der angestammten Heimat keine Zukunft mehr für sich und ihre Kinder und verlassen den Nahen Osten. Wir sind Zeugen eines Exodus der Christen aus dem Orient – jener Region, in der die Stätten des biblischen Glaubens liegen und in der Gläubige seit der Frühzeit des Christentums gesiedelt haben.

Die schwierige Lage der Christen muss im Zusammenhang mit den gesellschaftlich-politischen Entwicklungen verstanden werden, die vielfach von den Intellektuellen der Region als „arabische Misere“ bezeichnet werden. Abgesehen von den reichen Erdölstaaten sind die Ökonomien der Länder schwach. Es gibt enorme soziale Probleme, die durch ein weiterhin hohes Bevölkerungswachstum verschärft werden. Eine große Zahl von Jugendlichen hat kaum soziale Aufstiegschancen. Die autoritären Regime, die viele Länder des Vorderen Orients steuern, sind nicht willens oder fähig, Lösungen für diese Probleme zu finden. Vor allem deshalb konnten sich Islamisten zur starken Opposition gegen die Machteliten und den Status quo aufschwingen. Die Zivilgesellschaft wird also von zwei Seiten eingeeengt und bedroht – von den Inhabern der staatlichen Macht und von religiös radikalen oder sogar fanatischen Bewegungen. Für religiöse Minderheiten kann dies nichts Gutes bedeuten.

Man darf sich nicht davon täuschen lassen, dass die Islamisten bislang nur in wenigen Staaten oder Gebieten die Regierungsmacht erobert haben. Zunehmend gewinnen sie Einfluss auf die Lebensverhältnisse auch dort, wo sich eher säkular orientierte Regime noch behaupten können. Ägypten mit seiner verhältnismäßig großen koptischen Minderheit ist ein eindrückliches Beispiel dafür. Unter dem Druck der gesellschaftlichen Macht islamistischer Bewegungen verliert das Christentum seinen früher unangefochtenen Platz in der Gesellschaft. Christen werden an den Rand gedrückt und suchen schließlich eine neue Heimat in den westlichen Ländern. Auch im Libanon haben der Bürgerkrieg und die wiederholten politischen und militärischen Interventionen der Nachbarstaaten zu einer Zerrüttung der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit einhergehend zu einer nie gekannten Blüte des

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

*Postanschrift*  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0  
Direkt: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: <http://www.dbk.de>

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischöflichen Konferenz

schiitischen Islamismus geführt. Zunehmend stellt sich hier die Rolle der immer noch großen christlichen Bevölkerungsgruppen als gefährdet dar.

Der zeitliche Rahmen dieses Pressegesprächs gestattet es nicht, differenziert auf die Situation in allen Ländern der Region einzugehen. Tatsächlich unterscheiden sich die Lebensbedingungen der Christen von Land zu Land. Der Blick auf Jordanien, wo das Haschemitische Herrscherhaus auf einen fairen Umgang mit der christlichen Minderheit bedacht ist, oder in Qatar, wo im letzten Jahr erstmals der Bau einer christlichen Kirche gestattet wurde, zeigen auch, dass es manche Gegenbewegung gegen den generellen Trend gibt, die der besonderen Erwähnung wert ist.

Im Folgenden möchte ich den Blick vor allem auf zwei Länder oder Räume richten, die uns mit besonderer Sorge erfüllen: auf den Irak und das Heilige Land.

Das mit dem Sturz des diktatorischen Regimes von Saddam Hussein ausgebrochene Chaos hat auch die alteingesessenen christlichen Gemeinden im Irak nicht unberührt gelassen. Bombenanschläge auf Kirchen und Versammlungsräume, vor allem aber die terroristischen Mordanschläge auf hochrangige Kirchenvertreter ebenso wie auf einfache Gemeindemitglieder haben deutlich gemacht, dass die Christen im Irak in das bürgerkriegsähnliche Mahlwerk geraten sind. Spätestens die Entführung und Ermordung des prominenten chaldäischen Bischofs Paulos Faraj Raho im Frühjahr 2008 hat auch unserer Öffentlichkeit vor Augen geführt, wie gefährdet die christliche Minderheit im Irak ist. Der Bischof war mit Mord bedroht worden. Jahrelang hatte er seinen Al-Qaida-Erpressern Geld aus der Kollektenkasse bezahlt – Geld, mit dem offenbar der Untergrundkrieg gegen die Amerikaner und der Terror gegen Christen und Muslime im Irak mitfinanziert wurde. Als der Bischof aufhörte zu zahlen, musste er sterben. Das ist nur ein Beispiel. Viel größer ist die Zahl unbekannter Opfer, die in keiner Statistik Erwähnung finden. Mord, Vertreibung und Anschläge auf Kirchen gehen auch heute weiter - selbst betagte Nonnen und Kleinkinder werden von den Tätern nicht verschont, die sich zudem oft noch am Besitz der Christen bereichern.

Lebten 1987 noch etwa 1,4 Millionen Christen im Irak, so sind es heute nach Schätzungen weniger als 400 000. Weil Christen in besonderer Weise Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sind, gibt es bereits jetzt in vielen großen Städten des Landes keine Gemeinden mehr. Fast alle Christen, die noch im Irak sind, sind mittlerweile in den kurdischen Norden geflohen, wo sie toleriert werden und einigermaßen sicher sind. Die anderen sind in die Nachbarländer geflüchtet.

Die meisten der nach der US-amerikanischen Invasion 2003 ins Ausland geflohenen schätzungsweise 2,7 Millionen Iraker – ca. 20 Prozent davon Christen – leben in Syrien und Jordanien. Gerade die Angehörigen religiöser Minderheiten haben kaum eine reale Chance, ohne Gefahr für Leib und Leben und mit einer wenigstens rudimentären Aussicht auf soziale

Wiedereingliederung in ihre Heimat zurückzukehren. So droht eine 2000 Jahre alte Geschichte des Christentums in Mesopotamien an ein Ende zu kommen.

Auch im Heiligen Land – in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten – sind die Christen zum Opfer der anhaltenden politischen Krise geworden. Ihr Bevölkerungsanteil macht im israelischen Kernland nur noch knapp zwei Prozent aus. In den autonomen Palästinensergebieten liegt er wohl schon darunter, im Gaza-Streifen tendiert er gegen Null. Oft leben die Christen unter sehr schwierigen Bedingungen. Verschiedene Entwicklungen kommen hier zusammen: Die Christen haben teil an den bedrückenden Lebensumständen und der zunehmenden Hoffnungslosigkeit der Palästinenser in den besetzten Gebieten. In Zeiten gewalttätiger Konflikte erfahren sie zudem als Minderheit besonders stark ihre gesellschaftliche Randlage. In Israel sind sie als Christen und Araber sogar in einer doppelten Minderheitenposition. Der politisch und gesellschaftlich in der Hamas organisierte Islamismus unter den Palästinensern grenzt die Christen darüber hinaus immer weiter aus der Gesellschaft aus und nimmt ihnen die Luft zum Atmen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass die Zahl derer weiterhin hoch ist, die das Land verlassen, weil sie für sich und ihre Kinder keine Perspektiven mehr sehen.

Ich möchte das Verschwinden des Christentums im Heiligen Land am Beispiel von Jerusalem verdeutlichen: Ende 1946 betrug die Zahl der Christen in der Stadt etwas mehr als 31.000 und damit 19 Prozent der Gesamtbevölkerung. Heute liegt ihre Zahl bei rund 10.000 – etwa 2 Prozent der Gesamtbevölkerung. Wengleich Statistiken in den Ländern des Nahen Ostens immer mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten sind, macht dieses Beispiel doch den allmählichen Exodus der Christen augenscheinlich.

Immer noch gibt es im Heiligen Land sehr aktive christliche Kirchen und kirchliche Gemeinschaften. Auch mit Unterstützung aus dem Ausland unterhalten sie soziale Einrichtungen und Schulen und versuchen auf diese Weise, Beiträge zu Frieden und Versöhnung zu leisten. Aber niemand vermag zu sagen, ob dem Trend des Wegzugs wirklich Entscheidendes entgegengesetzt werden kann.

Lassen Sie mich auch dies sagen: Die Christen im Nahen Osten dürfen der besonderen Solidarität der Kirche in Deutschland und in der westlichen Welt auch in Zukunft gewiss sein. Was an Hilfe möglich ist, wollen wir leisten. Vor allem unsere Hilfswerke haben hier eine große Aufgabe. Die Bischöfe und ihre verantwortlichen Stellen arbeiten zudem an möglichst engen Kontakten mit den Ortskirchen im Nahen Osten. Wir appellieren zugleich an die politisch Verantwortlichen in Deutschland und in der Europäischen Union, das ihnen Mögliche zu tun, um das Überleben der religiösen Minderheiten in dieser Weltregion zu sichern. Es geht uns nicht um Privilegien für die Christen. Es geht um eine Politik, die stabile Verhältnisse begünstigt, die Menschenrechte für alle sichern hilft und dafür Sorge trägt, dass die düsteren Prognosen eines „Zusammenpralls der Kulturen“ und der damit einhergehenden Politik der religiösen Purifizierung nicht zur dominierenden Realität des Orients werden.